

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige
Entwicklung
– Drucksache 17/3788 –**

**Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
zum Indikatorenbericht 2010 des Statistischen Bundesamtes**

und

**Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen
Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung**

A. Problem

Der Entschließungsantrag zum Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2010 zielt insbesondere darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, den Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bei der Fortschreibung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen (Drucksache 17/3788).

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 17/3788 folgende Entschließung anzunehmen:

„I. Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag versteht es als seine besondere parlamentarische Aufgabe, die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung weiter kritisch zu begleiten und setzt sich zugleich für eine gesellschaftliche Debatte zur nachhaltigen Entwicklung ein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bei der Fortschreibung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen (Drucksache 17/3788);
- die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
- die Nachhaltigkeitsziele nicht anderen, kurzfristigen Zielen unterzuordnen, wenn damit langfristig die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung gefährdet wird.“

Berlin, den 13. April 2011

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Dr. Thomas Gebhart
Berichterstatter

Dr. Matthias Miersch
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Dr. Matthias Miersch, Michael Kauch, Ralph Lenkert und Dorothea Steiner

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf **Drucksache 17/3788** wurde in der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Entschließungsantrag zum Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2010 zielt insbesondere darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, den Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bei der Fortschreibung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen (Drucksache 17/3788).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 17/3788 in seiner 37. Sitzung am 13. April 2011 beraten. Er hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 17/3788 in seiner 36. Sitzung am 6. April 2011 beraten. Er hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 17/3788 in seiner 34. Sitzung am 6. April 2011 beraten. Er hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 17/3788 in seiner 37. Sitzung am 6. April 2011 und in seiner 39. Sitzung am 13. April 2011 beraten. Es wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 17(16)257 eingebracht.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sprach dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung ihren Dank für die hervorragende Arbeit aus. Der vorliegende Bericht sei eine sehr gründliche Arbeit und enthalte einen systematischen Überblick über das Thema Nachhaltigkeit aber auch über die Herausforderungen für die nächsten Jahre. Der erste Indikator betreffe das wichtige Thema Rohstoff- und Energieproduk-

ktivität. Es werde in diesem Bericht deutlich, dass in den letzten Jahren vieles erreicht worden sei, aber es gebe noch Potentiale in diesem Bereich. Zum Thema Treibhausgasemissionen gebe es auch über Fraktionsgrenzen hinaus im Beirat einen Konsens über das Ziel der 40-Prozent-Reduktion bis zum Jahre 2020 in Deutschland. Dies sei eine gute Grundlage für die parlamentarische Arbeit. Der Beirat habe die Erwartung geäußert, dass die Indikatoren weiterentwickelt werden sollten. Dies sei mit Sicherheit ein richtiger und ein wichtiger Hinweis. Man müsse allerdings darauf achten, dass man nicht zu viele Indikatoren einführe, denn darunter würden Qualität und Überschaubarkeit leiden. Berechtigt sei das Anliegen, eine stärkere Verzahnung der Nachhaltigkeitsstrategien von Bund, Ländern und Kommunen herbeizuführen. Dies sei eine der wesentlichen Aufgaben auch für die nächste Zeit. Die Rolle der Umwelttechnologien als Schlüssel zur Lösung verschiedener Probleme könne man nur unterstreichen. Die Technologien im Bereich der Energiespeicherung nähmen eine wichtige Rolle ein. Der Bericht gebe wichtige Impulse für die aktuelle Debatte zum Thema Energieversorgung.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass der Begriff der Nachhaltigkeit mehr und mehr zum inhaltslosen verkomme. Gerade die Nachhaltigkeitsprüfung, die bei der Exekutive verankert worden sei, werde bislang kaum wahrgenommen. Sie habe noch nicht die gewünschte Bedeutung. Man müsse ein deutliches Signal aus dem Parlament heraus geben, dass die Nachhaltigkeitsprüfung einen höheren Stellenwert einnehmen müsse. Dies müsse mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht werden. Alljährlich nehme man zur Kenntnis, dass gerade umweltspezifische Themen, wie Artenvielfalt erwähnt würden. Konsequenzen daraus würden vom Gesetzgeber nicht gezogen. Man stelle massive Verletzungen fest, die ohne Schlussfolgerungen blieben.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte den Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(16)257. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung habe oftmals um seine Kompetenzen zu kämpfen und stoße mitunter auf Unverständnis. In Brüssel sei die Idee eines Managements, eines Indikatoren-basierten Nachhaltigkeitsmanagements völlig fremd. Offenbar sei man der Auffassung, dass alles, was im Europäischen Parlament behandelt werde, nachhaltig sei. Zu den Anforderungen, die an die Bundesregierung für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie zu stellen seien: Angesprochen sei die Frage der vertikalen Integration. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie sei de facto eine Strategie für den Bund, obwohl einige der Indikatoren von diesem kaum beeinflussbar seien, wie beispielsweise die Bildungsindikatoren. Jedes Bundesland habe seine eigenen Indikatoren. Eine stärkere Verzahnung von Bund und Ländern sei dringend notwendig. Dies sei lohnenswert für die nächsten zwei Jahre der nächsten Nachhaltigkeitsstrategie. Das Thema nachhaltiges Wirtschaften und Umwelttechnologien werde im Zuge einer beschleunigten Energiewende auch weiter an Bedeutung gewinnen. Wichtig sei auch die nachhaltige

Haushaltspolitik. Dabei gehe es auch um die Frage der Haushaltsstruktur. Ausgaben seien an zukunftsfähigen Investitionen auszurichten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. hob hervor, der Parlamentarische Beirat für Nachhaltigkeit habe mit dem Indikatorenbericht eine hervorragende Analyse der Situation dargelegt und die Zielstellung festgelegt. Die sachbezogene Arbeit des Gremiums sei ein Beispiel für eine nachhaltige Politik und deswegen nachahmenswert. Es gebe ein Sondervotum der Fraktion DIE LINKE. Bildung dürfe nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen. Dies sei definitiv nicht nachhaltig. Ein Bauer, der bei der Aussaat und beim Düngen spare und sich dann freue, wie viel Geld er eingespart habe, stelle im Herbst überrascht fest, dass die Ernte ganz schlecht ausgefallen sei und kein Gewinn erwirtschaftet werde. Zukünftige Generationen müssten überhaupt in die Lage versetzt werden, selbstständig zu wirtschaften und zu arbeiten. Dazu gehöre auch Bildung. Ziele, wie die Schwefeldioxidreduktion, seien erreicht worden. Bei der Schadstoffbelastung der Luft sei das Ziel weit verfehlt worden. Dies gelte auch für die Flächeninanspruchnahme. Tag für Tag verliere man 100 Hektar Land. Das sei zu viel in der Bundesrepublik Deutschland. Es müsse dringendst über zwei Wege gegengesteuert werden.

Der eine Weg wäre, dass man die neue Inanspruchnahme von Flächen verhindere, der zweite Weg wäre, dass die Entsiegelung von Flächen, die nicht mehr gebraucht würden, stärker vorangetrieben werde. Gemeinsam müsse das Anliegen des Beirats auf andere Politikfelder ausgedehnt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstützte den Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(16)257. Beim Flächenverbrauch sei man noch weit von den Zielen entfernt. Bei der Artenvielfalt wolle man bis 2015 als Ziel eine Vielfalt erreichen, wie sie im Jahr 1975 bestanden habe. Bei der Energie- und Ressourcenproduktivität sei fraglich, ob man nicht an dem Indikator das eine oder andere ändern müsse. Das Thema Nachhaltigkeit sei in Europa weitgehend ein Fremdwort.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 17/3788 zur Kenntnis zu nehmen und den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. anzunehmen.

Berlin, den 13. April 2011

Dr. Thomas Gebhart
Berichtersteller

Dr. Matthias Miersch
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Dorothea Steiner
Berichterstatteerin

Anlage:

Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 17(16)257

Anlage

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
17. Wahlperiode

<p>Deutscher Bundestag Ausschuss f. Umwelt, Naturschutz u. Reaktorsicherheit</p> <p>Ausschussdrucksache 17(16)257</p> <p>zu TOP 7 der TO am 13.04.2011</p> <p>12.04.2011</p>

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

zum Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2010 des Statistischen Bundesamtes und Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, Drucksache 17/3788

I. Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag versteht es als seine besondere parlamentarische Aufgabe, die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung weiter kritisch zu begleiten und setzt sich zugleich für eine gesellschaftliche Debatte zur nachhaltigen Entwicklung ein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bei der Fortschreibung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen (Drucksache 17/3788);
- die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
- die Nachhaltigkeitsziele nicht anderen, kurzfristigen Zielen unterzuordnen, wenn damit langfristig die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung gefährdet wird.

